

07. April 2007 Pressemitteilung des Friedensnetzes Baden-Württemberg

Mit einer deutlichen Steigerung der Teilnehmerzahl fand der zentrale Ostermarsch Baden-Württembergs in Calw statt. 1300 Teilnehmer beteiligten sich an der Auftaktkundgebung vor der Graf-Zeppelin-Kaserne und dem anschließenden Ostermarsch durch Calw zum zentralen Platz der Abschlusskundgebung in Calw. Das Motto der friedlich verlaufenen Veranstaltung lautete „Bundeswehr raus aus Afghanistan!!“, „Auslandseinsätze beenden!“ und wurde unter anderem von Tobias Pflüger (MdEP), Ulrich Duchrow (Theologe), Heike Hänsel (MdB), Bernd Riexinger (ver.di) und Martin Spreng (DGB) untermauert und gefordert. Die Graf-Zeppelin-Kaserne ist Standort der „Spezialkräfte“ (KSK) – hier trainieren die „Eliteeinheiten“ ihr tödliches Handwerk und beteiligen sich bereits seit 2001 an direkten Handlungen. Diese sind durch keinerlei Mandat der UNO gedeckt. Die Einsätze des KSK, das auch die Verschleppung und Misshandlung von Gefangenen verwickelt ist, finden völlig im Geheimen statt, jenseits demokratischer Kontrolle. Sie sind der skandalöseste Aspekt der deutschen Kriegsbeteiligung. Auf die Kritik von Claudia Roth (Die Grünen) an den Ostermärschen antwortete der Organisator Thomas Mitsch: eine Partei wie die Grünen, die um Ihre Koalitionsfähigkeit zu beweisen, nahezu allem zustimmt insbesondere dem am 9 März beschlossenen Tornadoeinsatz, stünde eine derartige Kritik nicht zu. Zumal alle glaubhaften Meinungsumfragen in der Bevölkerung gezeigt hätten, dass 60 –70 Prozent der Bevölkerung gegen diesen Tornado Einsatz waren. Nach Anwendung des neuen Antiterrorgesetzes müssten Merkel, Bush und Co., inklusive Claudia Roth wegen Verletzung gerade dieses Gesetzes vor Gericht gestellt werden. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan erfolgt vorwiegend im Rahmen der Nato-geführten „Internationalen Stabilisierungskräfte“ ISAF, die offiziell den Wiederaufbau des Landes absichern sollen. Hilfsorganisatoren vor Ort lehnen aber ihre Präsenz ab, da sie durch Anwesenheit ausländischer Truppen, mehr gefährdet als geschützt werden